

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 523—524

Die Angstkäufe vor der Wechselkursregelung haben offensichtlich die Liquidität der Unternehmungen, welche die zusätzlich eingenommenen Gelder teilweise auf ihren Scheckkonten bei den Kreditinstituten deponiert hatten, allgemein beträchtlich erhöht. Dies verbesserte die Liquidität der Kreditinstitute, die daher im November den größten Teil der an sie gestellten Kreditansprüche aus eigenen Mitteln befriedigen konnten. Sie beanspruchten die Nationalbank nur zur Finanzierung von Wiederaufbauwechslern in Höhe von rund 63 Mill. S¹⁾, zahlten aber gleichzeitig 52 Mill. S auf ihre freien Girokonten bei der Nationalbank ein und lösten für rund 52 Mill. S Bundesschatzscheine²⁾ zurück. Da außerdem auch der Fiskus nur rund 57 Mill. S von seinen freien Guthaben abhob³⁾ und sich die zeitlich gesperrten Guthaben öffentlicher Stellen (hauptsächlich ERP-Gegenwert-Konten) um rund 55 Millionen S erhöhten, ging der *Banknotenumlauf* im November um weitere rund 25 Mill. S (von 5.490 auf 5.465 Mill. S) zurück⁴⁾. Dieser Rückgang liegt zwar unter den Vormonatsziffern (Oktober 327 Mill. S, September 140 Mill. S), ist aber bemerkenswert, da er entgegen der Saisonbewegung (erhöhter Geldbedarf für 13. Monatsgehalt, Weihnachtsremunerationen usw.), trotz den teilweise bereits Ende November ausbezahlten Überbrückungshilfen sowie trotz den relativ geringen Eingängen auf den Hilfskonten eingetreten ist.

Am 22. November wurden die *Devisen- und Valutenkurse abgeändert* und das *Ablieferungs- und Zuteilungsverfahren* für ausländische Zahlungsmittel

¹⁾ Das Wechselportefeuille der Nationalbank nahm — infolge einer Verminderung des Bestandes an Handelswechslern um rund 4 Mill. S — nur um rund 59 Mill. S zu.

²⁾ Für rund 18 Mill. S Bundesschatzscheine nach §. 27 W. Sch. G. und rund 34 Mill. S Besatzungskostenschatzscheine.

³⁾ Auch der Fiskus dürfte aus der Währungspsychose gewisse — kurzfristige — Vorteile gezogen haben (Steuer-vorauszahlungen).

⁴⁾ Unter Berücksichtigung kleinerer Bewegungen auf anderen Konten (Erhöhung der Darlehen gegen Handpfand um rund 7 Mill. S und des Devisenbestandes um rund 3 Mill. S).

neu geregelt⁵⁾. Der buchmäßige Kursgewinn ist im Nationalbankausweis nicht ausgewiesen worden. Nach der Kursregulierung beruhigte sich das Publikum, und die zum Teil durch Mißverständnisse verursachten Psychosen und Spekulationen flauten ab. Am 8. Dezember wurden von der ECA weitere 350 Mill. S aus dem ERP-Schillingfonds freigegeben, die insgesamt für staatliche Investitionen verwendet werden⁶⁾.

Die *Scheckeinlagen bei den Kreditinstituten* erhöhten sich im Oktober um rund 305 Mill. S, die *Spareinlagen* um rund 13 Mill. S. Das leichte Steigen des Spareinlagenzuwachses gegenüber dem des Vormonates könnte darauf hinweisen, daß die vorwiegend auf Konten kleinerer Sparer beschränkt gebliebenen Abhebungen für Angstkäufe bereits im Oktober wieder nachgelassen haben.

Auf dem *Aktienmarkt* war das Kursniveau gegen Mitte Dezember etwa auf gleicher Höhe wie Mitte November. Immerhin war bereits wieder eine leicht sinkende Tendenz feststellbar, die den Gesamtindex von 315,8 auf 314,0 (März 1938 = 100) verminderte. Der geringfügige Rückgang erstreckte sich auf die Aktien verstaatlichter Gesellschaften ebenso wie auf die der nichtverstaatlichten mit Ausnahme der Bau-, Textil- und Metallindustrie. Die im Index der *festverzinslichen Werte* erfaßten Kurse gingen ebenfalls etwas zurück (von 91,8 auf 89,2; März 1945 = 100). Auch der Kurs der Bundes-schuldverschreibungen 1947, der von S 39 pro 100 S Nominale am 4. November 1949 auf S 47 am 25. November 1949 gestiegen war, ging bis 15. Dezember 1949 auf S 43,50 zurück.

Nach Pressemeldungen — die amtliche Verlautbarung ist noch ausständig — hat die *Aufbauanleihe*

⁵⁾ Siehe: „Die Neuordnung der österreichischen Devisenbewirtschaftung“ in Nr. 11 der Monatsberichte, XXII. Jg. (November 1949), S. 443 ff.

⁶⁾ 150 Mill. S für die Bundesbahnen, 93 Mill. S für Flußregulierungen, Straßen- und Brückenbauten sowie Wiederaufbau öffentlicher Gebäude, 50 Mill. S zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft, 30 Mill. S für die Post, 17 Mill. S für Wohnhausbauten in Industrie und Landwirtschaft, 10 Mill. S für das Hoch- und Fachschulwesen. Im Jahre 1949 wurden bisher insgesamt 1.450 Mill. S aus ERP-Gegenwertkonten freigegeben.

(Zeichnungsschluß 30. November) rund 315 Mill. S erbracht. Wie hoch das Barergebnis ist, kann nicht abgeschätzt werden, weil auch Bundesschatzscheine (Konsolidierung eines kleinen Teiles der schwebenden Schuld) und Reichsanleihe 1938/II (25% des Zeichnungsbetrages) verwendet werden konnten.

Das Kreditvolumen im 3. Quartal 1949¹⁾

Im 3. Quartal hat sich die Gesamtsumme der bei den österreichischen Kreditinstituten ausstehenden Kredite wiederum beträchtlich erhöht, und zwar um 761 Mill. S oder 14% auf 6.273,6 Mill. S. Damit hat dieses Quartal die zweitgrößte Zunahme seit der Währungsreform gebracht. Insgesamt sind die Kredite seit dem Währungsschutzgesetz vom Dezember 1947 von 2.146 Mill. S auf 4.091 Mill. S ausgedehnt worden.

Entwicklung des Kreditvolumens in Mill. S

Zeitpunkt	Stand	Zunahme	Zeitpunkt	Stand	Zunahme
31.12.47	2.146,2		31.12.48	4.206,4	+ 770,7
31. 3.48	2.711,5	+ 565,3	31. 3.49	4.915,0	+ 708,6
30. 6.48	3.044,0	+ 332,5	30. 6.49	5.476,6	+ 561,6
30. 9.48	3.435,7	+ 391,7	30. 9.49	6.237,6	+ 761,0

Die Kreditausweitung im 3. Quartal wurde, da sich die Einlagen bei den Kreditinstituten nur um 180 Mill. S erhöhten, zum größeren Teil durch Eskontierung von Besatzungskostenschatzscheinen (rund 333 Mill. S) und (größtenteils Wiederaufbau-) Wechseln (rund 227 Mill. S) bei der Nationalbank finanziert. Zu einer entsprechenden Erhöhung des Notenumlaufes kam es in diesem Quartal nur deshalb nicht²⁾, weil die Schillingerlöse aus den ERP-Lieferungen (etwa 400 Mill. S) die in den Umlauf strömenden Freigaben aus dem Hilfsfonds (höchstens 140 Mill. S)³⁾ um mindestens 260 Mill. S überschritten und die öffentlichen Stellen ihre Kassenhaltung (freie Giro Guthaben bei der Nationalbank) um rund 360 Mill. S erhöhten. Die auf Schatzscheinfinanzierung beruhende Kreditausweitung muß die Liquidität der Kreditinstitute im 3. Quartal weiter eingeengt haben. Immerhin besaßen sie zum Quartalsende noch für rund 600 Mill. S Besatzungskostenschatzscheine und für rund 100 Mill. S Schatzscheine nach § 27 W. Sch. G.

¹⁾ Siehe Kreditstatistik in Nr. 12 der „Mitteilungen des Direktoriums der Österreichischen Nationalbank“ (vom 15. Dezember 1949).

²⁾ Der Notenumlauf hat im 3. Quartal 1949 um rund 20 Mill. S abgenommen.

³⁾ Der Rest der Freigaben wurde zunächst von der Bundesnotenschuld bei der Nationalbank abgebucht (bedingte Abbuchung).

Die Kreditausweitung im 3. Quartal 1949 stand durchaus im Zeichen der *Großkredite*, die vorwiegend längerfristigen Investitionen gedient haben dürften⁴⁾, zum Teil auch dem Rohstoffeinkauf im Rahmen des ERP. 666 Mill. S entfielen auf Großkredite über 500.000 S, deren Anteil am gesamten Kreditvolumen von 60 auf 64% stieg. Die Zunahme der kleineren und mittleren Kredite (unter 50.000 S) hielt sich in der Nähe des Durchschnittes, während der Anteil der größeren Kredite (50.000 bis 500.000 S) sogar absolut zurückging. Die Aufgliederung des Zuwachses nach der *Laufzeit* bestätigt die aus der Kredithöhe gezogenen Schlußfolgerungen. Besonders stark haben die langfristigen Investitionskredite (über 5 Jahre Laufzeit), zugenommen (+ 348 Mill. Schilling), wodurch ihr Anteil am gesamten Kreditvolumen von 24 auf 27% anstieg. Die Anteile der kurzfristigen (bis 3 Monate) und mittelfristigen Kredite (3 bis 12 Monate) veränderten sich nur wenig, während der Anteil der längerfristig ausgeliehenen Beträge (12 Monate bis 5 Jahre) absolut zurückging. Ein Teil der Großkredite muß mittel- und kurzfristigen Charakter haben und dürfte vorwiegend für Rohstoffeinkäufe bestimmt sein.

Die einzelnen Wirtschaftszweige hatten an dem Kreditzuwachs, verglichen mit dem vorhergehenden Quartal, praktisch gleiche Anteile. Rund 43% (336 Mill. S) entfielen auf Industrie und Bergbau, 11% (82 Mill. S) auf die Landwirtschaft, 8% (61 Mill. S) auf das Gewerbe, 13% auf Handel und Verkehr, und der Rest auf Länder und Gemeinden, Wohnhausaufbau, Kreditinstitute und sonstige Kreditnehmer. Der Reihe nach relativ am stärksten nahmen die Kredite an die Kreditinstitute (+ 27%), an die Landwirtschaft (+ 19%) und an Sonstige (+ 19%) zu (allgemeine Durchschnittszunahme 14%).

Kreditgebende Institute waren wieder vor allem die Banken (65% der Kreditausweitung). Ihr Anteil am gesamten Kreditvolumen ging jedoch etwas zurück (von 72 auf 71%), während die landwirtschaftlichen und gewerblichen Kreditgenossenschaften etwas an Bedeutung gewinnen konnten.

Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne

Dazu statistische Übersichten S. 525-527

Die seit Ende September beobachtete Unruhe unter den Lohn- und Gehaltsempfängern hielt auch im November und Dezember weiter an. Der vom Gewerkschaftsbund gebilligte Kampf der Arbeitnehmer um eine „Überbrückungshilfe“ zum Aus-

⁴⁾ Ein Teil des Zuwachses (rund 210 Mill. S) entfällt ohnehin auf sogenannte „Aufbaukredite“, d. h. Wechselkredite, die den Banken von der Nationalbank (auf Grund von Freigaben aus dem ERP) refinanziert werden müssen.

gleiche für die Preiserhöhungen ist noch nicht in allen Wirtschaftszweigen abgeschlossen. Obwohl diesmal der Kampf formell durch die Einzelgewerkschaften geführt wurde, ist man doch wieder linear vorgegangen und hat auf die starken Kosten- und Ertragsunterschiede in den einzelnen Wirtschaftszweigen wenig Rücksicht genommen¹⁾.

Zur Auseinandersetzung über die Überbrückungshilfe gesellen sich hie und da bereits auch Tariflohnforderungen (Beispiel: Bäckereiarbeiter), die sich über Preiserhöhungen wieder ungünstig auf die Lebenshaltungskosten auswirken müssen. Zu nennenswerten Tariflohnerhöhungen kam es in der Berichtsperiode noch nicht, so daß der Index der Arbeiternettotariflöhne im Dezember unverändert auf 418·3 (April 1945 = 100) blieb. Es muß jedoch beachtet werden, daß die Überbrückungshilfe und die Weihnachtssonderzahlungen (13. Gehalt oder dessen 2. Hälfte, zwei Wochenlöhne, die sich — vielfach auch kollektivvertraglich — bereits in den meisten Fällen in den letzten Jahren eingebürgert haben) im Lohnindex nicht berücksichtigt werden. Allein die Weihnachtsremuneration würde, wenn sie in Höhe von 2 Wochenlöhnen angenommen und auf 52 Wochen aufgeteilt wird²⁾, den Nettotariflohnindex auf 434 erhöhen³⁾. Die Überbrückungshilfe kann — da sie nicht wie die Weihnachtsremuneration regelmäßig in jedem Jahre, sondern ihrem Wesen nach nur einmal ausbezahlt wurde — nicht auf die gleiche Weise zum Nettolohnindex hinzugeschlagen werden. Das Jahresnominaleinkommen 1949 ist durch die Überbrückungshilfe freilich noch weiter erhöht worden.

Im Oktober sind die *Arbeiternettoverdienste* gegenüber dem Vormonat praktisch unverändert geblieben. (Der Index stieg um einen Punkt, von 391·2 auf 392·3; August 1938 = 100.)

¹⁾ Sicher können viele Unternehmungen — insbesondere jene, die auf Grund der Angstkäufe und der dadurch erhöhten Preise (und Umsätze) besonders liquid geworden sind — ohne weiteres die erhöhten Lohnansprüche erfüllen. Andere aber, die nicht oder nur in sehr geringem Ausmaße an der Umsatzerhöhung partizipieren konnten, haben vielfach (angesichts der ohnehin starken Belastungen durch kollektivvertraglich vereinbarte Weihnachtsremunerationen, 13. Gehälter usw.) größte Schwierigkeiten in der Beschaffung der Mittel für die zusätzliche Überbrückungshilfe. Auch auf die verschieden hohe Lohn- und Kapitalintensität wurde keine Rücksicht genommen.

²⁾ Bekanntlich wird auch bei der Berechnung des Monateinkommens der Angestellten so vorgegangen ($\frac{1}{12}$ des Jahresgesamtbezuges).

³⁾ Im Basisjahr 1945 wurden an Arbeiter nur in Ausnahmefällen (und dann nur als freiwillige Leistungen der Unternehmer) Weihnachtsremunerationen ausgezahlt.

Die erwähnte Nominaleinkommensvermehrung im Dezember bewirkte trotz Preissteigerungen auch eine Realeinkommenserhöhung. Wie sich das Realeinkommen, das im Jänner wieder unter der außergewöhnlichen Höhe des Dezembereinkommens liegen muß, weiter entwickeln wird, hängt, wenn eine allgemeine Tariflohnbewegung vermieden wird, von der *Preisentwicklung* ab⁴⁾. Soweit heute schon überblickbar, ist die eminente Verstärkung der effektiven Nachfrage im Dezember durch genügende Lagerbestände, über die insbesondere der Handel verfügte, ausgeglichen worden. Auf den reagiblen Märkten wurde bereits Mitte Dezember wieder eine leicht sinkende Preistendenz fühlbar. Der Index der *Versteigerungspreise* im Wiener Dorotheum sank um 5·6%, wobei insbesondere ein Rückgang des *Goldpreises* um 17·4% ins Gewicht fiel. Die *Nahrungsmittelpreise auf dem Schwarzen Markt* gingen ebenfalls leicht zurück (um 0·8%). Öl, Rindfleisch und Schweinefleisch wurden billiger, während die Preise von Schmalz und Zucker etwas anzogen. Die „*schwarzen*“ *Devisenkurse in Wien* blieben im November noch unverändert.

Ob sich diese Verbilligungstendenz auf allen anderen Märkten in kurzer Frist durchsetzen wird, ist fraglich, da jetzt verschiedene, aus der Abwertung resultierende Preiserhöhungsfaktoren wirksam werden. Besonders die *Großhandelspreise*⁵⁾ sind infolge der Einordnung vieler Rohstoffe und der Kohle in die Importliste B stark gestiegen (von 451 auf 482; März 1938 = 100). Ebenso wurden bereits die Preise einiger, stark von der Kohle abhängiger Produkte erhöht. Die Frage der Eisen- und Stahlpreise ist noch ungeklärt. Der *Lebenshaltungskostenindex* (nach einem friedensmäßigen Verbrauchschema für eine vierköpfige Arbeiterfamilie in Wien) erhöhte sich um 3·4% (auf 535·5, April 1945 = 100). Insbesondere die importierten Genußmittel wurden infolge der Schillingkursanpassung, der Preisumkehr für diese Waren auf dem Weltmarkt sowie infolge der erhöhten Festtagsnachfrage teurer (durchschnittlich um 43%). Die Preise für Gemüse und Obst stiegen saisonbedingt, während die Kartoffelpreise etwas nachließen. Auch Schuhe wurden, infolge eines Preissenkungsbeschlusses der Schuhindustrie, in den für den Lebenshaltungskostenindex in Betracht kommenden Kategorien durchschnittlich um 7%

⁴⁾ Es spielen auch noch andere Faktoren eine Rolle — wie z. B. die geplanten Steueränderungen. Der relativ niedrig besteuerte Durchschnittsnettolohn würde bei Anwendung der Lohnsteuerermäßigung den Lohnindex auf 422·0 erhöhen.

⁵⁾ Index des Statistischen Zentralamtes.

billiger. Bemerkenswert ist die Erhöhung des Aufwandes für Beheizung und Beleuchtung um 11,3% [infolge Verteuerung der Hausbrandkohle¹⁾].

Wird die bisherige Währungspolitik fortgesetzt und bleiben die Tariflöhne unverändert, so können die partiellen Preiserhöhungen im großen und ganzen durch partielle Preissenkungen kompensiert werden. Das starke Nachlassen der effektiven Nachfrage nach Weihnachten läßt erwarten, daß die Preise in den ersten Monaten des neuen Jahres insgesamt sogar wieder abwärts tendieren werden.

Ernährung

Dazu statistische Übersichten S. 528

Die Versorgung mit einigen Nahrungsmitteln blieb auch im November knapp, und das Angebot ging vielfach weit mehr zurück, als saisongemäß zu erwarten war. Dennoch konnten einige Preise gesenkt werden.

Die Versorgung Wiens mit bewirtschaftetem *Frischfleisch* war auch im November schwierig. Die Rationen konnten nicht immer rechtzeitig und voll erfüllt werden, obwohl der Viehautrieb dank verstärkten Lieferungen aus dem Auslande — die Aufbringung aus dem Inland blieb nahezu ganz aus²⁾ — etwa doppelt so hoch wie im Vormonat war. Die Streikbewegung der Lohnschlächter und Markthelfer³⁾ verzögerte zudem die Verwertung des Viehs, wodurch auch noch Gewichtsverluste entstanden.

Auftrieb lebender Tiere in Wien⁴⁾

Art	1948		1949	
	X.	XI. in Stück	X.	XI.
Rinder	5.792	6.865	909	1.764
davon Inland	5.792	6.865	6	2
Kälber	61	64	10	10
Schweine	801	3.410	1.041	2.261
davon Inland	801	3.410	198	70
Schafe, Ziegen u. Lämmer	677	100	1.981	1.217

¹⁾ Nach den Marktamtsberichten. (Berücksichtigt sind Marktverkehr, Außenmarktbezüge und Kontumazanlage.)

¹⁾ Die Kohlenpreiserhöhung bezieht sich vorläufig nicht auf Braunkohlenbriketts, Koks und inländische Kohle. Der Index übertreibt die Verteuerung des Heizaufwandes, da sich der heutige Verbrauch sehr zugunsten der im Preise unverändert gebliebenen Kohlsorten verschoben hat.

²⁾ Aus dem Inland wurden im November nur 2 Rinder, 10 Kälber und 70 Schweine in Wien aufgetrieben.

³⁾ Der Streik dieser beiden Berufsgruppen ging auf die unzureichenden Viehanlieferungen nach Wien zurück. Die bei hohem Beschäftigtenstand mangelhafte Beschäftigung des Einzelnen hatte die Verdienste stark herabgesetzt. Es wurden daher Tariferhöhungen von 54 bis 82% gefordert.

Trotz den heuer verhältnismäßig großen Viehlieferungen aus dem Südosten — im Vorjahre gab es im Oktober und November überhaupt keine Importe —, wurde insgesamt nicht einmal die Hälfte der Vorjahrmengen an Rindern, Kälbern und Schweinen aufgetrieben. Dagegen stiegen die Anlieferungen von Schafen, Ziegen und Lämmern im November um mehr als das Zehnfache, teils wegen der Lockerung der Bewirtschaftung, teils wegen der rasch sinkenden inländischen freien Wollpreise, die die Produzenten veranlaßten, ihren in der Nachkriegszeit stark erhöhten Schafbestand⁴⁾ wieder auf das Vorkriegsniveau zu senken.

Zufuhren von Fleisch und geschlachtetem Vieh nach Wien (Großmarkthalle)¹⁾

Art	1948		1949	
	X.	XI.	X.	XI.
Fleisch in q				
Rindfleisch	7.031	8.133	6.229	5.092
davon ausl. Gefrierfl.	1.335	—	4.623	4.580
Kalbfleisch	1	3	7	2
Schweinefleisch	16	87	1.919	1.251
davon ausl.	—	—	1.159	1.238
Würste und Selchfleisch	506	631	379	336
Innereien und Knochen	264	881	273	43
Geschlachtetes Vieh in Stück				
Kälber	1.698	3.244	571	591
Schweine	2.027	8.140	753	480
Schafe und Lämmer	856	915	10.316	6.924
Ziegen und Kitze	70	59	429	866

¹⁾ Nach den Marktamtsberichten. Die über den Zentralviehmarkt eingegangenen Zufuhren sind, um Doppelzählungen zu vermeiden, hier nicht erfaßt.

Auch die Zufuhren von Fleisch und geschlachtetem Vieh in die Wiener Großmarkthalle waren trotz der starken Zunahme der Gefrierfleischanlieferungen im November um ein Drittel bis um die Hälfte (bei geschlachtetem Vieh sogar bis über 80%) geringer als im gleichen Monate des Vorjahres. Wenn man durchschnittliche Lebend- und Schlachtgewichte zugrunde legt, kann die vom Marktamt der Stadt Wien erfaßte Fleischaufbringung (nur Rind-, Kalb- und Schweinefleisch) für November auf etwa 1.500 t geschätzt werden. Abzüglich des Freikontingentes von 20% der importierten Rinder wären zur Deckung der Rationen nur 1.350 t verfügbar gewesen. Die tatsächlich auf Marken abgegebene Fleischmenge war vermutlich größer — in Folge der Lockerung der Bewirtschaftung unterlassen die Bezirksverteilernstellen vielfach die Aufbringungsmeldung —, reichte aber dennoch nicht aus, den rationierten Bedarf (rund 1.800 t je Zuteilungsperiode) zu decken.

⁴⁾ Auf Grund der Viehzählungsergebnisse vom 3. Dezember 1948 betrug der Bestand an Schafen 144% des Standes von 1938.

Im November 1948 wurden in den gleichen Fleischarten rund 2.900 t aufgebracht. Da das Gesamtangebot an rationiertem und an nichtbewirtschaftetem Fleisch heuer offensichtlich weitaus größer war als im Vorjahre, kann die Statistik des Wiener Marktamtes heute ein weniger verlässliches Bild über die tatsächliche Fleischversorgung geben als früher. Sie bietet derzeit nur gewisse Anhaltspunkte über das Angebot auf dem rationierten Sektor. Nicht erfassbar ist, abgesehen von den unterlassenen Meldungen verschiedener Aufbringungsstellen, vor allem der direkte Bezug der Fleischhauer aus den Bundesländern, der infolge der sehr unterschiedlichen Bewirtschaftungsvorschriften stark zugenommen haben dürfte.

Seit Anfang Dezember hat sich die Lage auf dem Wiener Fleischmarkt etwas gebessert. Da nunmehr auch in Wien die Überschreitung der Höchstpreise beim Viehkauf toleriert wird¹⁾, stieg der Viehauftrieb aus dem Inland rasch an²⁾. Den Fleischhauern wurde als Ausgleich für die erhöhten Viehpreise der freie Verkauf von 25% des Fleischanfalles zugebilligt. Diese zunächst als Notstandsmaßnahme erlassene Verfügung dürfte ebenso wie in den Bundesländern bis zu einer Neuregelung der Fleischversorgung bestehen bleiben. Diese wird von den Fleischhauern dringend verlangt, da vielfach — vor allem in Bezirken mit einer weniger kaufkräftigen Bevölkerung — die zum Preisausgleich gewährten Überkontingente nicht abgesetzt werden können. Es wird dabei an eine generelle Erhöhung der Fleischpreise entsprechend den gestiegenen Viehpreisen gedacht. Nach anderen Vorschlägen sollen die derzeit tolerierten Viehpreise durch Einführung eines Mischpreises (gewogener Durchschnitt aus den offiziellen Höchstpreisen und den freien Überkontingentpreisen) wieder herabgesetzt werden. Ein legalisierter zweiter Markt (den Fleischhauern sollen Freikontingente und der freie Verkauf verschiedener Fleisch- und Wurstsorten generell genehmigt werden), dessen Preise niedriger als derzeit sein werden, soll den Preisausgleich zwischen den immer noch überhöhten Viehpreisen und den Höchstpreisen für das bewirtschaftete Fleisch ermöglichen.

Die Abwertung des Schilling hat die Preise des aus dem Südosten im Clearing- oder Kompensationsverkehr eingeführten Viehs zunächst nicht berührt, da die laufenden Verträge bis zur Ausschöpfung

¹⁾ Die Notierungen für inländische Rinder lagen Anfang Dezember bis um S 1.50 je kg über den amtlichen Höchstpreisen.

²⁾ Während im ganzen Monat November 2 Rinder aus dem Inland auf dem Wiener Zentralviehmarkt angeliefert wurden, waren es allein bis zum 11. Dezember 546 Stück.

der Kontingente noch zu den alten Preisen abgewickelt werden. Da dennoch die Preise zum Teil als Folge von Qualitätsverschiebungen etwas anzogen — geringe Schwankungen in den Notierungen waren auch in anderen Monaten stets zu beobachten — und bei Schweinen um rund 12% über den amtlichen Höchstpreisen lagen³⁾, wurde den Fleischhauern auch bei Importschweinen eine Freiquote von 20% bewilligt.

Dank den offiziell gewährten „Überkontingenten“ für inländische Rinder und ungarische Schweine stieg das Angebot von freiem Fleisch in Wien weiterhin. Sofort sanken die Preise von Ende November bis Mitte Dezember vor allem bei den billigeren Sorten bis um 30%. Von der kürzlich erfolgten Aufhebung der Genehmigungspflicht für Hausschlachtungen ist eine stärkere Marktbeflieferung nicht zu erwarten, da diese Maßnahme ohnehin nur die Sanktionierung einer bisher üblichen Praxis darstellt.

Die Eierversorgung besserte sich seit Ende November geringfügig. Durch die Zuteilung von 3 Importeuren zum Preise von 93 g je Stück an alle Wiener Verbraucher und die Ankündigung eines weiteren Aufrufes von 2 Stück aus Lagerbeständen aus- und inländischer Herkunft noch vor Weihnachten, sanken die freien Eierpreise bis Mitte Dezember auf durchschnittlich S 2.— je Stück. Im Zuge der Bestrebungen, durch erhöhte Importe einen Preisdruck auszuüben, wurde Anfang Dezember die Einfuhr von 1.6 Mill. Eiern aus Triest sowie ein Eierimport aus der Türkei im Werte von 138.000 Dollar bewilligt. Die Durchführung dieser und weiterer in Handelsverträgen präliminierter Importe bis zum Beginn der Legezeit würde die Lage auf dem Eiermarkt entspannen und die leicht sinkende Tendenz der Preise verstärken.

Relativ günstig war die Versorgung mit *Geflügel und Wild*. Infolge ausreichender Anlieferungen aus dem In- und Auslande und der verhältnismäßig geringen kaufkräftigen Nachfrage sanken die Preise von Mitte Oktober bis Mitte Dezember um durchschnittlich 10% und lagen damit um etwa 10 S je kg, d. i. rund ein Drittel, unter den Preisen des Vorjahres.

Die erhöhte Nachfrage vor den Weihnachtsfeiertagen wurde durch verstärkte Importe befriedigt. Neben den in den Handelsverträgen mit Ungarn und Jugoslawien vorgesehenen Geflügel- und

³⁾ Der Höchstpreis für Schweine beträgt in Wien S 9.— je kg Lebendgewicht. Ungarische Schweine notierten Anfang Dezember mit S 10.10 je kg Lebendgewicht.

Verbraucherpreise für Geflügel und Wild in Wien¹⁾

Art	1948		1949	
	X. 2)	XII. 2)	X. 2)	XII. 2)
	S je kg			
Backhühner, tot . . .	35—40	34—36	20—28	21—28
Suppenhühner, tot . .	32—36	30—33	20—25	18—24
Fleischenten	35—38	25—35	20—26	18—24
Fleischgänse		25—35	20—26	18—24
Fettgänse	38—43	34—42	24—29	24—28
Rehschlegel	25—28	28—30	20—27	18—24
Hasenrücken od.-lauf	28—30	28—30	18—22	16—20

1) Nach den Marktamtsberichten. — 2) Monatsmitte.

Wildimporten¹⁾, die zum Teil ebenfalls vor den Feiertagen abgewickelt werden konnten, wurden noch weitere Einfuhrgeschäfte, vor allem im Kompensationswege, abgeschlossen²⁾. Da die Importpreise allgemein unter den Inlandspreisen liegen³⁾, verursachten die erhöhten Einfuhren einen gewissen Preisdruck.

Im November wurde auf die Wiener Märkte um rund 2.300 t (37,2%) weniger Gemüse und um 1.800 t (32%) weniger Obst als im Vormonat angeliefert. Der auch bei normaler Versorgung saisonübliche Rückgang der Marktbelieferung in den Monaten September bis November war diesmal erheblich stärker als in den Vergleichsjahren 1937 und 1948. Dies gilt insbesondere für Gemüse, bei dem die Importsteigerung viel zu gering war, als daß sie den zum Teil übersaisonnmäßigen Rückgang der

Zufuhren von Gemüse, Obst und Kartoffeln nach Wien

Art	1937		1948		1949		IX.—XI. 1949 in % von 1937
	X.	XI.	X.	XI.	X.	XI.	
	September = 100						
Gemüse insgesamt . . .	76,1	61,0	63,3	51,0	72,0	45,2	59,0
davon Inland	76,1	57,3	65,7	44,7	72,3	42,2	58,6
Ausland	129,5	3.650,4	21,0	1.602,1	40,8	327,8	78,8
Obst insgesamt	62,7	60,2	74,0	44,4	83,6	56,8	74,9
davon Inland	90,9	85,5	89,1	59,0	83,5	56,6	72,0
Ausland	19,1	21,1	42,2	13,8	83,9	57,4	83,8
Kartoffeln insgesamt	71,8	74,7	158,1	46,9	121,2	76,0	176,5

inländischen Anlieferung hätte ausgleichen können. (So stiegen im Jahre 1937 die Importe im November gegenüber September auf 3,650%, 1949 aber nur auf 328%.) Die Versorgung mit Obst war etwas besser,

¹⁾ Der Handelsvertrag mit Ungarn sieht die Einfuhr von 1000 t Geflügel und 100.000 Stück Hasen vor. Mit Jugoslawien wurde für Geflügel ein Einfuhrkontingent von 400.000 Dollar vereinbart. Ferner ist die Einfuhr von 100 t Hasen vorgesehen.

²⁾ Unter anderen 60 t Geflügel aus Jugoslawien, 250 t aus Polen, 80 t aus Rumänien, 120 t Hasen aus Polen.

³⁾ Die Preise für ausländisches Geflügel, die nach den Vorschriften der kürzlich erlassenen Verordnung betreffend die Festsetzung von Preisen importierter Lebensmittel kalkuliert werden, sind im Dezember — je nach Einfuhrgeschäft und Qualität — mit rund S 16 bis S 22 je kg festgesetzt worden. Die freien Preise für inländisches Geflügel standen dagegen Mitte Dezember auf durchschnittlich S 24 je kg.

da zwar die Inlandsanlieferungen, nicht aber die Importe stärker zurückgingen. Wenn trotz der ungenügenden Versorgung die Preise in der zweiten Novemberhälfte etwas nachließen (um etwa 20%, vor allem bei den besseren Sorten), so war dies vor allem die Folge behördlicher Maßnahmen (Preiskontrollen u. ä.). Bis Mitte Dezember zogen die Preise wieder leicht an, lagen jedoch noch immer unter dem Stande von Mitte November.

Die Zufuhren von *Kartoffeln* waren im November um 3.600 t geringer als im Vormonat. Aus dem Inland konnten trotz allen Bemühungen (unter anderem Erfassung von Speisekartoffeln aus den Vorräten der Brennereien) nur rund 6.000 t aufgebracht werden. Auch der vorgesehene Import von 3.000 t aus Holland traf nicht ein⁴⁾. Trotz dem geringeren Angebot sanken die Preise von Mitte bis Ende November um etwa 15 g je kg. Dies hatte seinen Grund vor allem im Rückgang der Nachfrage für Einkellerungszwecke. (Infolge der allgemein gebesserten Nahrungsmittelversorgung machten die Konsumenten von der Einkellerung weniger als in den vorangegangenen Jahren Gebrauch.) In der ersten Dezemberhälfte nahmen die Zufuhren trotz den aus Jugoslawien einsetzenden Importen⁵⁾ weiter ab. Die Preise stiegen daher wieder leicht an (auf 75 bis 80 g je kg).

Die *Milch*versorgung erlitt im November einen saisonbedingten Rückschlag. Nach dem Jahreshöchststand im Oktober ging die Marktleistung nach vorläufigen Meldungen um rund 12% (bezogen auf den Tagesdurchschnitt) zurück, war aber immer noch um 30% höher als im November des Vorjahres. Auch die Milchlieferungen nach Wien nahmen entsprechend ab. Kärnten hat seine Lieferungen ganz eingestellt. Das für das Jahr 1949 vorgesehene Ablieferungskontingent von 650.000 t wurde schon bis Mitte November erfüllt. Bis Ende des Jahres dürften daher etwa 730.000 bis 740.000 t (d. s. etwa 35% mehr als im Vorjahr) aufgebracht worden sein. Für das Jahr 1950 soll auf Grund der Planziffern des Long-Term-Programmes die Marktleistung rund 900.000 t betragen. Das Lieferkontingent wurde jedoch noch nicht endgültig festgesetzt.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 479

Dank der verhältnismäßig milden Witterung im Dezember konnte das *Pflügen der Böden* im Flach-

⁴⁾ Infolge eines günstigeren Angebotes (gegen Devisen) aus Argentinien zog sich der holländische Exporteur aus dem Kompensationsgeschäft mit Österreich zurück.

⁵⁾ Bis zum 12. Dezember wurden rund 190 t nach Wien geliefert.

und Hügelland großteils beendet werden. Dabei wurde durch übermäßige Bodenfeuchtigkeit¹⁾ der Einsatz von Traktoren stark behindert, so daß die Arbeiten überwiegend von Gespannen zu leisten waren. Die *Wintersaaten* zeigen nach wie vor einen befriedigenden Stand. Besonders Roggen bestockte sich noch gut.

Die *Ablieferung von ablieferungspflichtigem Weizen und Roggen* war in den Monaten Oktober und November geringer als im Vorjahre. Zwar wurden insgesamt bis 4. Dezember rund 160.000 t oder um 8% mehr Brotgetreide abgeliefert als bis zum gleichen Zeitpunkte des Vorjahres. Gegen 1947 und 1946 beträgt das Plus sogar 34% (41.000 t) und 37% (43.500 t). Die Ablieferung war gegenüber dem Vorjahre knapp nach der Ernte erheblich höher, das Plus betrug im Oktober immerhin noch 25.512 t, verringerte sich jedoch dann ständig, und zwar bis 20. November auf 13.222 t, bis 4. Dezember auf 12.430 t.

Da heuer die Produktion von Brotgetreide — nach der amtlichen Statistik — um rund 250.000 t größer war als in den Jahren 1946 und 1947 und um 170.000 t höher lag als im Jahre 1948, und sich außerdem der Eigenbedarf der Landwirtschaft für Ernährung und Saat nicht viel erhöhte, hätte man ein um diese Mehrproduktion gesteigertes Angebot erwarten dürfen. Nun ist jedoch mit der statistisch nachgewiesenen Ablieferung von Kontingentgetreide nur ein Teil der tatsächlichen *Marktleistung* erfaßt. Die darüber hinaus zu freien (Überkontingent-) Preisen abgegebenen Weizen- und Roggenmengen dürften nicht unerheblich sein, zumal da sich bisher Getreide auch vor Erfüllung des Kontingentes ziemlich leicht zu den höheren freien Preisen verkaufen ließ. Allerdings war in der letzten Zeit auch das Angebot an Überkontingentware zurückhaltend, da die Produzenten nach den Währungsmaßnahmen Preissteigerungen erwarteten. Die Legalisierung eines zweiten, freien Getreide-Marktes hat zur Folge, daß heuer kaum mit einer 100%igen Erfüllung des an sich niedrigen Kontingentes (260.000 t) gerechnet werden kann, daß die effektive Marktleistung aber das vorgeschriebene Kontingent übersteigen wird.

Da die im Marshall-Plan für Lebensmittelimporte vorgesehenen Mittel beschränkt wurden, kommt der ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit heimischem Brot und Mehl eine größere Bedeutung

¹⁾ Nördlich der Alpen und am Alpen-Ostrand regnete es vom 5. bis 18. November fast jeden Tag. In dem sonst so trockenen Osten betrug die Niederschlagsmenge fast das Vierfache des Normalwertes.

zu. Die Verwendung des im Inlande produzierten Brotgetreides ausschließlich für die menschliche Ernährung wird daher besonders wichtig. Von der Ernte von 726.000 t (letzte amtliche Schätzung) würden, wenn der Eigenbedarf der Landwirtschaft mit 360.000 t veranschlagt wird, 366.000 t für die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung zur Verfügung stehen. Es wäre dies etwa die gleiche Menge wie im Jahre 1943, als von einer Ernte von 706.369 t 358.000 t abgeliefert wurden. Tatsächlich dürfte heuer jedoch weniger Weizen und Roggen auf den Markt gelangen, da der Anreiz zur Verfütterung von Brotgetreide infolge der niedrigen Getreidepreise und der hohen Preise für tierische Produkte besonders groß ist.

Die gebietsweise stark unterschiedlichen Ablieferungsleistungen bestätigen die Richtigkeit der Vermutung, daß die Ursache für das relativ schwache Getreideangebot in dieser Preisdisparität zu suchen ist. Während nämlich die Ablieferung von Brotgetreide bis zum 20. November in Niederösterreich und Wien, wo gleichzeitig auch viel Futtergetreide angebaut wird, immerhin um 39% und 31% höher war als im Vorjahre, blieben die Leistungen in den übrigen Bundesländern, die weniger Futtergetreide produzieren, trotz guten Ernten hinter den Vorjahren weit zurück. So lieferten das Burgenland um 14%, Oberösterreich um 24%, Kärnten um 37%, Steiermark um 77% und Salzburg um 81% weniger Brotgetreide auf das Kontingent ab als im Vorjahre. Diese Minderleistung der westlichen Gebiete ist allerdings innerhalb des Gesamtkontingentes durch die Mehrleistung von Niederösterreich und Wien mehr als ausgeglichen worden. Was das Gesamt-Marktangebot anbelangt, so sind die Rückgänge im Angebot zu Kontingentpreisen durch ein regional stärkeres Angebot von Weizen und Roggen zu höheren freien Preisen teilweise wettgemacht worden. Zweifellos ist jene Minderleistung eine Folge der konjunkturell

Die Ablieferung von Brotgetreide vom 1. Juli bis 20. November 1949 nach Bundesländern¹⁾

Bundesland	Weizen Roggen		Brotgetreide		Weizen Roggen	Brotgetreide
	in 1000 Tonnen		insges.			
					in % von 1948	
Wien	1·2	1·2	2·4	145·9	118·1	130·9
Niederösterreich	45·8	55·5	101·3	144·5	134·8	139·0
Burgenland . . .	5·7	6·0	11·7	106·1	72·3	85·5
Oberösterreich .	10·9	10·5	21·4	83·1	69·7	75·9
Salzburg	0·0	0·1	0·1	29·2	18·7	19·1
Steiermark . . .	0·6	1·1	1·7	38·7	18·9	23·4
Kärnten	0·6	0·6	1·2	97·5	45·2	62·6
Tirol und Vorarlberg . . .	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	64·8	75·0	139·8	121·6	102·3	110·4

¹⁾ Nach Angaben des Getreidewirtschaftsverbandes.

begünstigten Aufstockung der Tierbestände und des unzureichenden Angebotes von Futtergetreide aus Inlandsaufbringung und Importen¹⁾.

Während das Angebot an Inlandsgerste und -mais knapp blieb, weil derzeit die Verwertung dieser Rohstoffe auf dem Umwege über das selbstgehaltene Tier rentabler ist als der Verkauf, blieben die Importe infolge des Ausbleibens der geplanten Einfuhren aus dem Osten und Südosten und wegen der Verzögerung der Einfuhren im Rahmen des Marshall-Planes stark hinter den Voranschlägen zurück. So sind im Wirtschaftsjahre 1949/50 insgesamt 520.000 t Importe von Mais, Futtergerste und Hafer vorgesehen; vom 1. Juli bis 31. Oktober wurden jedoch nur 38.205 t (7%) importiert, während der diesem Zeitraum entsprechende Importbedarf 133.000 t (33%) betragen hätte.

Einfuhrbedarf an Futtergetreide und tatsächliche Importe

1949/50	Mais	Futtergerste in 1000 Tonnen	Hafer
Importbedarf 1)	450'0	40'0	30'0
Importe (ERP)			
1949 VII.	19'4	—	2'5
VIII.	—	—	—
IX.	—	4'0	2'5
X.	9'8	—	—

¹⁾ Präliminierter Importbedarf im Rahmen des Long-Term-Programmes.

Das geringe Angebot löste Preissteigerungen bei Inlandsgerste und -mais aus, deren Großhandelspreise [S 107·50²⁾ und S 100.— je 100 kg] Mitte Dezember höher waren als die (loko Hof-) Preise für ablieferungspflichtigen Weizen (S 87·50) und Roggen (S 77·10). Während im Jahre 1937 Mais um 38% weniger als Weizen und um 14% weniger als Roggen kostete, lag im Dezember 1949 der Preis für Inlandsmais um 11% über dem Kontingentpreis von Weizen und um 26% über dem Roggenpreis. Lediglich Hafer und der sehr knappe Mais aus ERP-Lieferungen haben zur Zeit eine normale Preisrelation zum Brotgetreide. Die im Vergleiche zu Weizen und Roggen unangemessen hohen Preise für Mais und Gerste begünstigen sehr stark die Verfütterung von Brotgetreide.

Preisrelation zwischen Grobgetreide und Brotgetreide

Zeit	Mais in % des Weizenpreises ²⁾	Gerste ¹⁾ in % des Weizenpreises ²⁾	Hafer in % des Weizenpreises ²⁾	Mais in % des Roggenpreises ²⁾	Gerste ¹⁾ in % des Roggenpreises ²⁾	Hafer in % des Roggenpreises ²⁾
Ø 1937	62	89	75	86	124	104
1949 XII. 111 ³⁾	132	82	126 ³⁾	149	93	

¹⁾ Braugerste. — ²⁾ Gebundene Preise für Pflichtlieferungen. —

³⁾ Der Preis für ERP-Importmais beträgt 78% des Weizenpreises und 88% des Roggenpreises.

¹⁾ Siehe auch S. 519 ff: „Zur Ertragslage der österreichischen Viehwirtschaft.“

²⁾ Industriegerste.

Ein angemessenes Preisverhältnis zwischen Futtergetreide und Brotgetreide mit Hilfe eines niedrig fixierten Preises für Importmais (S 67·75) herzustellen und so das Angebot an Brotgetreide zu erhöhen, konnte wegen der zu geringen Mais-Importe bisher nicht gelingen. Der große Preisunterschied zwischen Inlands- und Importmais dürfte vielmehr dazu führen, daß billiger Auslandsmais vorübergehend entweder überhaupt vom Markt verschwindet oder mit Übergewinnen teurer verkauft wird. Der Gefahr, daß die Ablieferung von Brotgetreide ernsthaft stockt, kann unter diesen Umständen nur durch rasche und ausreichende Importe von Futtergetreide wirksam begegnet werden³⁾.

Ein weiterer Umstand, der die Versorgung mit Brot und Mehl zu stören droht, liegt in der *Bevorzugung des Weißbrotes vor dem dunkleren Roggenbrot* durch die Verbraucher. Da bei der Vermahlung von Überkontingentgetreide — im Gegensatz zum Kontingentgetreide — vielfach bessere, den Konsumentenwünschen entsprechende Mehltypen hergestellt werden, konzentriert sich die Nachfrage auf Weizen aus dem Überkontingent. Besonders gering ist die Nachfrage nach vorschriftsmäßig ausgemahlenem Roggenmehl, so daß sich bereits größere Lagerbestände an Roggen angehäuft haben, die infolge der hohen Feuchtigkeit der Körner einer erhöhten Gefahr des Verderbens ausgesetzt sind. Bei der derzeitigen Lage unserer Wirtschaft ist es in hohem Maße unerwünscht, wenn der in größeren Mengen anfallende billigere Roggen zum Teil unverwertet bleibt, während gleichzeitig mehr Weizen, an dem eingespart werden könnte, importiert werden muß. Um dieser Entwicklung zu begegnen, wird man entweder die bindenden Ausmahlungsvorschriften auch auf das Überkontingentgetreide ausdehnen und ihre Einhaltung durchsetzen⁴⁾ oder — wenn mehr den Verbraucherwünschen entsprochen werden soll — diese Vorschriften modifizieren müssen⁵⁾.

Die ungünstige Preislage für Weizen und Roggen dürfte sich vermutlich auch beim *Anbau* des

³⁾ Ein größerer ERP-Transport von Mais (45.000 t) ist Ende Dezember in Triest eingelangt. Für Jänner bis März 1950 wurden weitere 50.000 t autorisiert.

⁴⁾ Inzwischen haben die Landesregierungen Niederösterreichs, Oberösterreichs und des Burgenlandes angeordnet, daß auch für Überkontingentgetreide die gleichen Ausmahlungsvorschriften gelten wie für Kontingentgetreide.

⁵⁾ Von den Mühlenvertretern wurde vorgeschlagen, den Ausmahlungsgrad bei Roggen von 84 auf 75% herabzusetzen, und statt der Weizenkochmehltype 710, die gegenwärtig besonders stark nachgefragt ist, die Weizenmehltype 812 herzustellen, da zur Zeit die gleichzeitig anfallende Weizenbrotmehltype 1600 praktisch unverkäuflich ist.

Wintergetreides ausgewirkt haben. Wenn auch größere Produktionsverschiebungen infolge des verhältnismäßig hohen Eigenbedarfes der Landwirtschaft an Mehl und an Streustroh wenig wahrscheinlich sind, so könnte dadurch immerhin die angestrebte Ausweitung der Anbauflächen — um 20% bis 1952 — zumindest verzögert werden.

Zur Förderung der Produktion der österreichischen Landwirtschaft werden neben den gegenwärtig im Long-Term-Programm vorgesehenen befristeten Sonderleistungen auch noch öffentliche Mittel verwendet. Diese waren im Jahre 1949 mit 163 Mill. S im ordentlichen und 72 Mill. S im außerordentlichen Budget veranschlagt. Für die im außerordentlichen Aufwand des Bundesvoranschlages vorgesehenen Investitionen, wie Ent- und Bewässerungen, Zusammenlegung von Grundstücken, stärkere Mechanisierung und Mehrverwendung von Kunstdünger, wurden im Dezember 50 Mill. S aus dem ERP-Sonderfonds freigegeben.

Dem Forschungs- und Versuchswesen kommt im Rahmen der Leistungssteigerung der österreichischen Landwirtschaft eine besondere Aufgabe zu. Da in Österreich vielfältige und selbst auf kleinen Gebieten stark voneinander abweichende natürliche und wirtschaftliche Standortfaktoren wirksam sind, ist das Studium und die genaue Untersuchung der einzelnen Produktionsgebiete und Betriebsformen von großer Bedeutung, besonders im Hinblick auf den zweckmäßigen Einsatz der von Staat oder ERP aufgewendeten produktiven Förderungsmittel (Investitionen). Nur dann, wenn die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit bei allen geplanten technischen Maßnahmen beachtet werden, können Fehlleitungen von Kapital und damit Kostenerhöhungen vermieden werden.

Bisher waren die für derartige Untersuchungen aufgewendeten finanziellen Mittel in Österreich — verglichen mit anderen Staaten — nur gering. Dank einer kürzlich im Rahmen des technischen Hilfsprogramms der ECA erfolgten Freigabe von 500.000 S aus dem ERP-Sonderkonto können nunmehr größere wissenschaftliche Forschungsarbeiten in den Instituten für Tierzucht, Pflanzenzucht und Agrarwirtschaft der Hochschule für Bodenkultur in Wien begonnen und wichtige Grundlagen für eine erfolgreiche Wirtschaftsberatung und rationelle Intensivierung der Tier- und Pflanzenproduktion erarbeitet werden.

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 529—530

Das milde Novemberwetter hat sich günstig auf die Energielage ausgewirkt. Entgegen der normalen jahreszeitlichen Entwicklung hat die Stromerzeugung der Wasserkraftwerke im November nur um 4,4% (1948: 26,1%) gegenüber Oktober abgenommen.

Da die Stromexporte beträchtlich eingeschränkt werden konnten, genügte eine Erzeugungsleistung der Dampfkraftwerke von nur 94 Mill. kWh (Oktober: 102 Mill. kWh) zur Deckung des Gesamtverbrauches von 312 Mill. kWh (3% mehr als im Oktober). Damit hat sich die schon Mitte Oktober bedrohlich gewordene Lage auf dem Stromsektor zu-

mindest vorübergehend entspannt. Bis Jahresende haben sich daher weitere Verbrauchseinschränkungen nicht als notwendig erwiesen.

Diese verhältnismäßig günstige Situation ist aber nicht nur auf das bisher milde Wetter, sondern auch auf die im Laufe des Jahres 1949 durchgeführten Investitionen, die bereits Mehrleistungen ergeben, zurückzuführen.

Noch in diesem Winter wird das Dampfkraftwerk der Hütte Linz seine frühere Volleistung von 175.000 kW erreichen. Im Dampfkraftwerk Wien-Simmering wird in den nächsten Monaten ein zusätzlicher Generator mit 20.000 kW Leistung in Betrieb genommen werden. Die Ennskraftwerke Ternberg, Stanning und Mühlradring werden in diesem Winter dank neuen Maschinensätzen bei normaler Wasserführung ungefähr doppelt soviel Strom wie im vergangenen erzeugen können. Die Baufortschritte in Kaprun ermöglichen heuer bereits die Speicherung von 20 Mill. kWh Winterstrom. Außerdem sind seit dem vorigen Winter neue Anlagen mit insgesamt 38.000 kW Leistung fertiggestellt worden, die eine Regelleistung von rund 65 Mill. kWh im Winter haben. Durch die kürzlich in Betrieb genommene 220-kV-Leitung von Kaprun nach Ernsthofen können im Winter rund 25 Mill. kWh an Übertragungsverlusten eingespart werden.

Obwohl die Stromleistungen so vielseitig erhöht wurden, kann der Bedarf im Winter noch immer nicht voll gedeckt werden, da vor allem der Bedarf der Industrie im abgelaufenen Jahre weiter stark zugenommen hat. Die großen Kraftwerksbauten, die die entscheidende Mehrlieferung bringen sollen, werden aber erst in den nächsten Jahren fertiggestellt werden.

Stromerzeugung und Verbrauch

Zeit	Gesamterzeugung	davon in Dampfkraftwerken in Mill. kWh	Verbrauch
1947 X.	236·1	58·3	223·8
XI.	268·8	68·0	251·4
1948 X.	338·9	81·4	281·2
XI.	302·6	113·3	291·4
1949 X.	357·0	102·1	304·7
XI.	337·4	93·7	312·0

In der Kohlenwirtschaft und vor allem bei den Kohlenverbrauchern hat die Verteuerung der Kohle infolge der Schillingkursänderung vielfältige Reaktionen ausgelöst. Die Kohleneinfuhren müssen nun zu verschiedenen Kursen abgerechnet werden (nur bei Importkohle für Hausbrand und Gaswerke blieb der Kurs zunächst unverändert), und die Erhöhung der Transitfrachten (in Schillingen ausgedrückt) ist ebenfalls je nach Herkunftsland verschieden.

Die inländischen Kohlenpreise blieben dagegen unverändert.

Damit haben sich nicht nur die Preise für Kohle verschiedener Herkunft untereinander verschoben, sondern es ist auch die Inlandskohle wettbewerbsfähiger geworden. Da auch die Preise für elektrischen Strom und Gas zunächst gleichgeblieben sind, wird sich die Energienachfrage möglicherweise zugunsten von heimischer Kohle, elektrischem Strom und Gas verschieben.

Die *Kohlenversorgung* war im November noch befriedigend. Im inländischen Kohlenbergbau wurden im November 15.200 t Stein- und 339.700 t Braunkohle gefördert, das sind um 4% bzw. 3% mehr als im Oktober.

In der *Einfuhr* hat sich ebenfalls wenig geändert. Insgesamt wurden im November 461.300 t Kohle (Steinkohlenbasis) importiert, gegenüber 449.600 t im Oktober.

Gewerbliche Produktion

Dazu statistische Übersichten S. 531—536

Die *Industrieproduktion* hat im Oktober nach den bisher vorliegenden Meldungen den Höchststand vom September (Gesamtindex = 132, 1937 = 100) nicht mehr erreicht. Auch für *November* deuten einzelne wichtige Teilindizes eine weitere Abschwächung der Produktion an.

Diese Schwankungen sind freilich gering und vorwiegend saisonbedingt; sie entsprechen dem jahreszeitlichen Rhythmus, der sich seit Kriegsende in der österreichischen Industrieproduktion entwickelt hat.

Stärkere Rückgänge in der Erzeugung, die nicht — wie in der Baustoffindustrie und der Aluminiumerzeugung — ausgesprochen saisonbedingt sind, werden im November aus der *Schwerindustrie* gemeldet. Der Gesamtindex dieses Zweiges ist im November auf 139,9 (1937 = 100) gefallen, während er im September noch auf 158,2 gestanden war. Die Roh-

Indizes der Produktion, der Beschäftigung und der Produktivität

Zeit	Pro- duktion	Gesamtindizes der Be- schäftigung	Pro- duktivität
Ø 1937	100'00	100'00	100'00
Ø 1948	88'67	135'30	65'54
1949 I.	90'20	142'45	63'32
II.	102'11	142'99	71'41
III.	106'33	144'34	73'67
IV.	112'74	145'88	77'28
V.	118'90	147'28	80'73
VI.	122'33	148'96	82'12
VII.	120'00	150'52	79'72
VIII.	117'27	152'09	77'11
IX.	132'38	153'79	86'08

eisenerzeugung ist mit 58.000 t sogar auf den niedrigsten Stand des Jahres gesunken.

Maßgebend dafür dürften in erster Linie Exportschwierigkeiten sein, die sich aus den internationalen Währungsabwertungen und der Vereinheitlichung der Belassungsquoten für die österreichischen Exporteure ergeben haben. Abgesehen davon, daß die Hüttenwerke bisher Kohle und Erze zum Dollarkurs von 10 Schilling eingeführt haben und nun den um mehr als 100% höheren Mischkurs bezahlen müssen, bekamen sie früher für ihre Exporte eine bis 90% ansteigende Belassungsquote, während jetzt generell nur noch 60% gewährt werden sollen.

Die frühere individuelle Regelung der Belassungsquoten stellte eine Subventionierung einiger Industriezweige zu Lasten der übrigen Wirtschaft dar und verschleierte die tatsächliche Rentabilität dieser Zweige. Sollten sie zu den jetzigen Bedingungen tatsächlich nicht mehr exportieren können, so deckt dies nur ihre Konkurrenzunfähigkeit auf internationalen Märkten bei dem jetzigen Lohn- und Produktivitätsniveau auf. Vor dem 22. November 1949 waren andere Zweige nicht wettbewerbsfähig. Die Wechselkursänderung und Neuordnung der Devisenbewirtschaftung hätte ihren Hauptzweck verfehlt, wenn Sie nicht enthüllte, welche Unternehmen und Zweige nun wirklich und auf längere Sicht konkurrenzfähig sind.

Auch die *Magnesitindustrie* hat im November weniger produziert als im Oktober, obwohl sich für sie die Wechselkursänderung günstig ausgewirkt hat. In der *Baustoffindustrie* ist die Erzeugung im Oktober nur wenig zurückgegangen, da zwar die Ziegelerzeugung stärker abgenommen hat, dafür aber die Zementerzeugung einen neuen Höchststand erreichte. Der Gesamtindex für die Baustoffindustrie sank daher nur von 183,3 im September auf 176,2 im Oktober.

Produktionsindizes wichtiger Industriezweige

Zeit	Bergbau	Magnesit- Industrie	Eisenschaf- fende Industrie	Baustoff- Industrie
1948 Ø	101'6	120'3	106'7	108'3
1949 VIII.	116'6	155'3	141'5	175'6
IX.	122'0	168'9	158'2	183'3
X.	121'8	154'8	149'6	176'2
XI.	126'7	.	139'9	.
	Chemische Industrie	Papier- Industrie	Leder- Industrie	Textil- Industrie
1948 Ø	121'5	66'8	56'2	50'5
1949 VIII.	149'9	81'7	65'1	70'6
IX.	177'8	86'2	80'7	89'6
X.	171'6	82'7	78'2	.
XI.	85'7	.	.

In der *Papierindustrie* ist die Produktion von 82·7 im Oktober auf 85·7 im November gestiegen. Die *Lederindustrie* leidet wegen des zu niedrigen Höchstpreises noch immer unter Häutemangel. Die *Oberlederherzeugung* war im Oktober rückläufig, dagegen hat die *Sohlenlederherzeugung* zugenommen. Die *Lederschuhherzeugung* war durch den Oberledermangel behindert und dementsprechend etwas geringer als im September. Der Gesamtindex der Leder- und Schuhindustrie ging von 80·7 auf 78·2 zurück.

Die *Textilindustrie* erzielte im September bedeutende Fortschritte. Die Erzeugung stieg in fast allen Sparten beträchtlich an. Der Gesamtindex erhöhte sich um nahezu 15% und erreichte mit 89·6% (1937=100) den höchsten Stand seit Kriegsende.

Die Neuordnung der Wechselkurse stellt gewiß viele Industrien vor schwere Anpassungsprobleme. Daß aber solche Anpassungen auch unter schwierigsten Bedingungen möglich sind, zeigen die *Jenbacher Werke* in Tirol, ein während des Krieges aufgebauter Rüstungsbetrieb, der sich in den letzten Jahren erfolgreich auf Friedensverhältnisse umgestellt hat. Die in der ersten Nachkriegszeit notwendigen Improvisationen und Behelfsfertigungen haben inzwischen einem gutdurchdachten Produktionsprogramm Platz gemacht, das auch bereits auf ausländischen Märkten Interesse gefunden hat. Vor zwei Jahren hat der Betrieb begonnen, seine Erzeugung vor allem auf Motore, Kompressoren und die dazu notwendigen Aggregate zu spezialisieren. Gleichzeitig wurde auch der Bau von Landmaschinen begonnen. Besonders erfolgreich waren die Werke mit der Konstruktion und dem Bau von 8- und 15-PS-Dieselmotoren, die in Großserien erzeugt werden und internationale Beachtung gefunden haben. Dasselbe gilt auch für zwei Typen von Feldbahnlokomotiven, für fahrbare Kompressoren, Seilbahnkabinen und für die demnächst erscheinenden Kältekompressoren. Wer seine Pläne nicht bloß auf zufällige Marktsituationen und rasch vorübergehende Nachkriegskonjunkturen aufbaute, sondern bemüht war, die natürlichen Kostenvorsprünge der heimischen Wirtschaft auszunützen, wird sich durch die neuen Wechselkursverhältnisse beträchtlich gefördert sehen.

Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 537

Die im September und Oktober durch anhaltende Währungsgerüchte genährte, äußerst rege Geschäftstätigkeit im Einzelhandel ließ im *November* merklich nach. Die Umsätze lagen bei den Wiener Warenhäusern um 5%, beim Gesamteinzelhandel um

Entwicklung der Umsätze im Einzelhandel

Geschäftszweig	IX.	1949	XI.	Nov. 1949
		X.		gegenüber Nov. 1948 in %
		August = 100		
Einzelhandel insgesamt .	117·7	156·4	141·8	144·6
davon: Nahrungsmittel .	99·4	110·5	108·3	124·8
Textilien und Bekleidung .	139·4	211·3	180·9	166·2
Sonst. Branchen .	120·5	150·6	159·1	112·1
Wr. Warenhäuser insges. .	137·2	189·1	179·3	138·3
davon: Textilien und Bekleidung .	142·1	199·4	182·9	148·3
Möbelu. Hausrat .	124·9	162·7	149·7	107·9
Sonstiges	118·8	151·0	177·0	112·7

9% unter dem Stand vom Oktober. Neben saisonbedingten Einflüssen — die November-Umsätze sind gewöhnlich die niedrigsten im vierten Jahresquartal — dürfte die im Oktober beobachtete ziemliche Erschöpfung der Kaufkraftreserven ein weiteres Steigen der Geschäftstätigkeit verhindert haben. Denn auch im November hielt die *Kauflust* bis zur offiziellen Bekanntgabe der Wechselkursänderung unvermindert an. Daraus erklärt sich auch, daß der Umsatzrückgang geringer war, als saisonmäßig und nach der überstarken Belebung von September auf Oktober zu erwarten gewesen wäre. (Im Vorjahre sind — in einer ähnlichen Situation — die Novemberumsätze sogar gestiegen). Vielfach dürfte das Novembergeschäft auch von einer Vorverlegung der Weihnachtseinkäufe begünstigt worden sein. Zufolge verschiedener Preissteigerungen sind die Mengenumsätze stärker als die Wertumsätze gesunken.

Saisonübliche und tatsächliche Entwicklung der Einzelhandelsumsätze im November

Art	1948		1949
	Saisonindex ¹⁾	Veränderungen in % des Vormonates	
Damenkonfektion .	— 23	+ 5	— 18
Herrenkonfektion .	— 16	— 7	— 24
Schuhe	— 1	+ 5	— 11
Hausrat	— 16	+ 38	— 10

¹⁾ Berechnet auf Grund der Vorkriegsumsätze.

Der Umsatzrückgang traf insbesondere jene Branchen, die von der Belebung in den beiden vorhergehenden Monaten am stärksten profitiert hatten. So nahmen in der *Textilbranche* die Umsätze in Damenkonfektion um 18%, die in Herrenkonfektion sogar um 24% ab. Die Käufe von Meterware verminderten sich dagegen nur um 2%. Die Umsätze von *Hausrat* gingen um 10% zurück, während sie im Vormonat einen Zuwachs um 51% verzeichnen konnten.

Auch die *Nahrungsmittelumsätze* gingen bei vereinzelt Preissteigerungen und verminderter Kaufkraft um rund 2% zurück. Geringere Rückgänge und zum Teil sogar bedeutende Zunahmen

ergaben sich dagegen bei den vorwiegend Geschenk-artikel anbietenden Branchen. So nahmen die Umsätze im *Lederwarenhandel* nur um 1%, in der *Parfumerie- und Drogeriebranche* nur um 3% ab (bei gleichzeitigem Anstieg der je Käufer verausgabten Kaufsumme). In der *Papierbranche* nahmen die Käufe sogar um 17% zu. Auch die unter „*Sonstiges*“ zusammengefaßten Umsätze von Spielwaren, Sportartikeln, Leder- und Parfumeriewaren u. ä. stiegen in den Wiener Warenhäusern um 17%.

Nach den bisher vorliegenden Berichten hat sich die Geschäftstätigkeit im Monat *Dezember* erneut stark belebt. Überbrückungshilfen, 13. Monatsgehälter und Weihnachtsremunerationen haben die Kaufkraft der Unselbständigen beachtlich erhöht — nach vorsichtigen Schätzungen um rund 1 Milliarde Schilling. Soweit ein Überblick derzeit möglich ist, haben alle Branchen gute Weihnachtsgeschäfte gemacht. Besonders gefragt waren Textilien (vor allem Meterware), Hausrat und Möbel, Spielwaren und sonstige Geschenkartikel. Kurz vor Weihnachten trat sogar ein Mangel an den meistgefragten Waren ein.

Die Einnahmen aus der *Umsatzsteuer* waren im November um 8% höher als im Vormonate und blieben damit erheblich hinter dem für Oktober festgestellten Anstieg der Einzelhandelsumsätze (33%) zurück. Diese Abweichung dürfte sich vorwiegend durch die zeitlichen Verschiebungen erklären, die sich aus Nachtragszahlungen und Rückständen ergeben. Ein zuverlässigeres Bild von der tatsächlichen Umsatzentwicklung vermitteln die Einnahmen aus dem Bundeszuschlag. Diese waren im November um rund 25% höher als im Vormonate und bestätigen damit weitgehend die für Oktober festgestellte Geschäftsbelebung im Einzelhandel.

Die Eingänge aus den *Verbrauchssteuern* nahmen im November nur um rund 3% zu. Die Einnahmen aus der Zuckersteuer stiegen allerdings infolge der Kampagne sprunghaft um 77%, und auch die Eingänge aus der Tabaksteuer waren dank weiter zunehmenden Umsätzen der Tabakregie um 12% höher als im Vormonate. Der durch den sinkenden Konsum hervorgerufene Rückgang der Erträge der Bier- und Weinsteuer (um 34% bzw. 22%) glich diesen Zuwachs weitgehend wieder aus.

Die *Inlandsumsätze der Tabakregie* stiegen seit der letzten Preisherabsetzung im Juni sprunghaft an. Insbesondere der Absatz an Zigaretten nahm mengenmäßig bis um rund 40% zu. Infolge der Verlagerung der Nachfrage auf billigere Sorten (insbesondere die „Donau“) blieb der Zuwachs der Wertumsätze etwas hinter dem der Mengenumsätze zurück. Der Durchschnittspreis der Zigarette nahm von Juni bis

Oktober um rund 4% ab (von 25 g auf 24 g je Stück; im Jänner betrug er noch 33 g).

Entwicklung der Umsätze der Tabakregie im Jahre 1949

Monat	Umsätze insgesamt	davon Zigaretten	
		mengenmäßig Juni = 100	wertmäßig
VII.	137'3	141'3	137'2
VIII.	124'9	127'8	124'6
IX.	124'0	128'3	123'7
X.	131'2	136'7	131'7

Im Rahmen der *Hausratakation* wurden Mitte Dezember weitere 1.642 Darlehen mit einem Gesamtbetrag von rund 10 Mill. S für Bombengeschädigte bewilligt, die jedoch zum größten Teil erst im Jänner 1950 ausgegeben werden. Damit wurden im Jahre 1949 insgesamt 3.126 Kreditbriefe mit einem Wert von rund 19 Mill. S oder 38% des vorgesehenen Betrages bewilligt. Auf Wien allein entfallen davon etwa 1.700 Kreditbriefe mit einem Gesamtdarlehensbetrag von rund 10 Mill. S. Von den bisher beim Handelsministerium eingegangenen 30.000 Ansuchen — bei den Ländern und Gemeinden wird darüber hinaus noch eine unbekannt Zahl weiterer Ansuchen behandelt — wurde bisher nur etwa ein Zehntel positiv erledigt.

Die schleppende Abwicklung der Hausratakation ist vor allem durch ihre Koppelung mit dem Wohnhauswiederaufbau bedingt. Von den jährlich vorgesehenen Baukrediten werden 10% für die Hausrathilfe abgezweigt, die jedoch erst nach Fertigstellung der Bauvorhaben flüssig gemacht werden. So waren von den für 1948/49 genehmigten Baukrediten von 450 Mill. S (500 Mill. S abzüglich 10% Hausrathilfe) bis Ende 1949 etwa 100 Mill. S zur Auszahlung fällig, und daher nur 10 Mill. S für die Hausratakation flüssig gemacht worden. Der Restbetrag wird erst nach Maßgabe der Fälligkeiten der noch ausstehenden Baurechnungen von 350 Mill. S im Laufe des Jahres 1950 ausgezahlt werden, ist aber noch auf das Jahr 1949 zu verrechnen. Für 1950 werden außer den Rateneingängen für die bereits gewährten Darlehen (1% je Monat) noch 10% der neu zu gewährenden Baukredite für die Hausratakation zur Verfügung stehen.

Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten S. 538—540

Der saisonmäßige Rückgang der Beschäftigung stellte sich heuer zwar etwas später, dafür aber auch vehementer ein als im Vorjahre. Während 1948 die Gesamtbeschäftigung ihren Höhepunkt bereits im September mit 1.952.000 erreicht hatte und dann im Oktober um 1.200 und im November um weitere 4.900 zurückging, stieg sie heuer bis in den Oktober

auf 1.994.700, ging aber im November gleich um 16.400 auf 1.978.300 zurück. Um nahezu gleichviel, nämlich 16.600, stieg die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden auf 88.354, von denen 80.498 „verfügbare“ Arbeitslose waren¹⁾.

Der Rückgang in der Bautätigkeit ist die bedeutendste, wenn auch nicht die alleinige Ursache dieser Entwicklung. Von den 16.607 neuen Stellensuchenden sind 11.800 Bau-, Baustoff- und Hilfsarbeiter, von den übrigen Gruppen gehören die zahlenmäßig stärksten gleichfalls überwiegend Saisongewerben an (Land- und Forstwirtschaft 1.113, Verkehr 818, Gaststätten 737, Metall 593, Holz 464). Geringfügige Abnahmen in den Zahlen der Stellensuchenden finden sich — gleichfalls saisonbedingt — in den Berufen der chemischen, Leder- und Textilindustrie sowie der Spielwaren- und Musikinstrumentenherstellung.

Wie sehr sich der Beschäftigungsrückgang auf den Bausektor konzentrierte, während sich gleichzeitig die Textilindustrie saisonmäßig belebte, zeigt sich deutlich darin, daß die Zahl der männlichen Arbeitnehmer in Industrie und Gewerbe von Oktober auf November um 13.100 auf 990.200 zurückging, die der weiblichen dagegen um 4.200 auf 505.300 gestiegen ist. Ebenso charakteristisch ist, daß dem Rückgang der Zahl der in Industrie und Gewerbe beschäftigten Arbeiter um 10.300 auf 1.166.400 eine Zunahme der Angestellten um 1.400 auf 329.100 gegenübersteht.

Die Entwicklung in Wien war auch im November von der in den Bundesländern verschieden. Im industriell-gewerblichen Sektor Wiens hat die Beschäftigung auch im November noch um 1.000 zugenommen, im restlichen Österreich dagegen ist sie um 10.000 zurückgegangen.

Ein wichtiges Element in der Beurteilung der Arbeitsmarktsituation ist neben der Kenntnis der Arbeitslosenzahlen eine *Analyse der Zeitdauer*, während der die einzelnen Arbeitslosen beschäftigungslos sind. Nur so läßt sich entscheiden, ob es sich um Arbeitslosigkeit mit vorwiegend saisonmäßigem und friktionellem Charakter handelt, oder um solche krisenhafter und struktureller Natur. Leider werden Daten über die Dauer der Arbeitslosigkeit — halbjährliche oder Stichprobenuntersuchungen würden genügen — nicht erhoben. Einen gewissen, wenn auch sehr unvollkommenen und mit großer Vorsicht zu benützensden Hinweis bietet die im November 1949 von den Arbeitsämtern zum ersten Male veröffentlichte Unterteilung der unterstützten Arbeits-

losen in solche, die Arbeitslosenunterstützung, und in solche, die Notstandshilfe erhalten. Danach ergibt sich nun folgendes Bild der registrierten Arbeitslosigkeit am 30. November 1949:

Von den 88.354 vorgemerkten Stellensuchenden waren 7.856 beschäftigt und nur auf Arbeitssuche nach einem anderen Arbeitsplatz oder nach Kurzarbeit; zum Teile standen sie in Kurzarbeit oder unmittelbar vor der Einweisung in einen Posten, oder waren sie in ihrer Erwerbsfähigkeit um mehr als zwei Drittel vermindert. Diese Gruppe gehört daher nicht zu den eigentlichen Arbeitslosen.

Von den verbleibenden 80.498 verfügbaren Arbeitslosen erhielten 29.720 keine Unterstützung. Unter ihnen befanden sich etwa 3.000 nicht unterstützungsberechtigte Hausgehilfen und Landarbeiter. Der Rest sind entweder Neuankömmlinge auf dem Arbeitsmarkt (Jugendliche, Frauen, Ausländer, Selbständige), die nicht oder nicht genügend lange in arbeitslosenversicherungspflichtiger Beschäftigung gestanden sind, oder „ausgesteuerte Arbeitslose“, deren Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung bereits abgelaufen ist, die aber mangels eines Notstandes oder als Ausländer für die Notstandshilfe nicht in Betracht kommen. In dieser Gruppe der nahezu 30.000 nicht unterstützten verfügbaren Arbeitslosen gibt es demnach kurz-, mittel- und langfristige Arbeitslose, ohne daß es möglich wäre, sie zahlenmäßig nach diesen drei Kategorien aufzugliedern.

Unter den 50.778 unterstützten Arbeitslosen bezogen 30.869 Arbeitslosengeld und 19.909 Notstandshilfe. Aus dem Arbeitslosenversicherungsgesetz ergibt sich, daß die Arbeitslosengeldbezieher *höchstens* 30 Wochen arbeitslos sein können, während die Bezieher der Notstandshilfe *zumindest* 12 Wochen arbeitslos gewesen sein müssen. Man kann daher, grob gesprochen, sagen, daß die erste Gruppe kurz- und mittelfristige, die zweite Gruppe hingegen mittel- und langfristige Arbeitslose umfaßt. Diese Gegenüberstellung wird trotz ihren Mängeln und Unvollkommenheiten nicht nur einen wertvollen Fingerzeig für die Beurteilung der Arbeitsmarktlage liefern, wie sie sich im Laufe der Zeit entwickelt, sondern sie erlaubt durch eine regionale und berufliche Aufgliederung auch jetzt schon interessante Vergleiche.

So zeigt sich, daß die Höhe des Prozentanteiles der Notstandshilfecempfänger an der Gesamtzahl der Unterstützungsempfänger, der für ganz Österreich 39,2% betrug, entscheidend durch die Verhältnisse in Wien beeinflusst wurde, wo die Hälfte aller Unterstützungsempfänger Notstandshilfe bezogen. In den

¹⁾ Bis Mitte Dezember stieg ihre Zahl um weitere 21.000.

anderen Bundesländern schwankte ihr Anteil um 30%, mit Ausnahme von Kärnten und Oberösterreich, wo er nur 24% betrug. Es wäre jedoch vorzuziehen, daraus ohne weiteres den Schluß zu ziehen, daß Wien das Zentrum der längerfristigen Arbeitslosigkeit sei, denn man wird bei der Beurteilung dieser Anteilsätze berücksichtigen müssen, daß die Großstadtarbeiterschaft häufig weniger Reserven und weniger Rückhalt in einem ländlichen Hinterland hat als die Arbeiter kleinerer Städte, die daher nicht so oft die Notstandshilfe beanspruchen können; ferner, daß Ausländer, die wohl Arbeitslosengeld, nicht aber Notstandshilfe beziehen können, vorwiegend in den westlichen Bundesländern zu finden sind, und daß Wien, dessen Einwohnerzahl ständig zunimmt, zweifellos — wie jede Großstadt — ein Anziehungspunkt für Leute in den verschiedensten Landesteilen wird, die in ihrer Heimat längere Zeit keine Arbeit finden können.

Eine weitaus größere Streuung des prozentuellen Anteiles der Notstandshilfebezieher an der Gesamtzahl der Unterstützungsempfänger (von 8 bis 65%) ergibt sich, wenn man eine Aufgliederung nach Berufen vornimmt. Wie nicht anders zu erwarten ist, finden sich die niedrigsten Anteile der Notstandshilfebezieher bei den Stein- und Glasarbeitern (7,9%) und den Bauarbeitern (9,6%), wo Ende November die kurzfristige Saisonarbeitslosigkeit die Situation kennzeichnete. Maschinisten und Heizer (26%) und Nahrungs- und Genußmittelarbeiter (28,3%) sind zwei weitere Gruppen, bei denen die Arbeitslosigkeit kurzfristiger zu verlaufen scheint. Den höchsten Anteil an Notstandshilfebeziehern, 64,8%, hat die Gruppe der Musikinstrumenten- und Spielwarenmacher. Freilich handelt es sich hier nur um eine kleine Gruppe (insgesamt 35 Notstandshilfebezieher), wahrscheinlich um ältere, qualifizierte Leute, die auch nach längerer Arbeitslosigkeit schwer in andere Berufe gelenkt werden können. Dieser Gruppe folgen die Chemiarbeiter (56,1%), die Verkehrsarbeiter (48,7%) und die technischen und kaufmännischen Angestellten (47,3%). Bei der letzten Gruppe steht die längerfristige Arbeitslosigkeit zweifellos damit in Zusammenhang, daß der Angestelltenberuf im allgemeinen stark überlaufen und überfüllt ist und hier eine ausgesprochene Strukturschwäche vorliegt.

Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 541—542

Die Güterverkehrsleistungen der Bundesbahnen erhöhten sich infolge des saisonüblich hohen Bedarfes an Frachtraum für Erntetransporte von 493,3 Mill. Nutzlast-t-km im September auf 529,4 Mill. Nutz-

last-t-km im Oktober. Die Leistungsspitze dürfte in der ersten Hälfte des Monats November erreicht worden sein, ohne daß sich verkehrsstörende Schwierigkeiten in der Wagengestellung ergaben. Im *Personenverkehr* verminderte sich die Reisefrequenz saisongemäß: Die Zahl der verkauften Fahrkarten ging von 5,5 Mill. Stück im September auf 5,0 Mill. im Oktober zurück. Die *Betriebsseinnahmen* verminderten sich von September auf Oktober um 10,4%; dennoch konnte in der laufenden Gebarung ein Überschuß von 6,7 Mill. S erzielt werden.

Unter den *tarifarischen Maßnahmen* ist vor allem die Auflassung einiger Ausnahmetarife, die im Zuge der Tarifreform vom 1. Juni 1949 der Wirtschaft als Überbrückungsmaßnahme eingeräumt worden waren, von wirtschaftspolitischem Interesse¹⁾. Da nach Auffassung der Bundesbahnen die Schilling„abwertung“ die Exportchancen der österreichischen Industrie verbessert hat, kündigte sie die ohnehin nur als Provisorien gedachten Ausnahmetarife teilweise auf. Hierunter sollten auch die Tarife für Steinkohlen, Steinkohlenkoks, Eisenerze, Roheisen- und Schwefelkiesabbrände fallen, wodurch allein für die Alpine Montan A. G. und die VÖST eine Mehrbelastung von angeblich 60 Mill. S jährlich entstanden wäre. Mit Rücksicht auf die Exportnot werden mit 1. Jänner 1950 nur für folgende Waren die Ausnahmetarife ohne Ersatz gestrichen: Gips, Feldspat, Kalkmergel, Soda, Wasserstoffsuperoxyd, Graphit, Ätznatron, Holzmehl, Magnesit, Quarzit. Für eine Reihe anderer Güter, darunter Kohle, Hüttenkoks, Eisenerz und Roheisen, werden die bisherigen Ermäßigungen bloß reduziert und für eine weitere Warengruppe wird der Geltungsbereich auf den innerösterreichischen Verkehr beschränkt, d. h. die Relation „österreichische Versandstation — Grenzbahnhof“ gestrichen.

Mit dieser Einschränkung der Ausnahmetarife ist ohne Zweifel eine Mehrbelastung der österreichischen Industrie verbunden, die noch zu den aus der Schillingkursänderung resultierenden viel höheren Vorfachfrachten (Auslandsstrecken) für Importwaren hinzukommt. Andererseits ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Bundesbahnen unter dem Zwange der Straßenkonkurrenz und der Konkurrenz, die neuerdings durch den Luftfrachtverkehr entsteht, immer weniger in der Lage sind, eine auf gesamtwirtschaftlichen Erwägungen aufgebaute Tarifpolitik (Werttarif) zu betreiben. Diese Tendenz wird sich um so mehr verstärken, je länger eine Regelung des

¹⁾ Die Bundesbahn gestand seinerzeit bis 31. Dezember 1949 oder 30. Juni 1950 befristete Ausnahmetarife in Höhe von 160 Mill. S zu.

Schiene-Straße-Problemes ausbleibt und je mehr man auf eine rein kaufmännische Betriebsgebarung der Bahnen drängt¹⁾.

Im Reexpeditionsverkehr²⁾ wurde für die Durchfuhrtarife wieder der Zustand, wie er vor dem 1. Juni 1949 (Tarifreform) bestanden hatte, eingeführt. Sowohl in der einfach und doppelt gebrochenen Durchfuhr als auch beim kombinierten Transit (Beförderung zum Teil mit einem anderen Mittel als der Bahn) wird wieder der Transittarif mit glatter Durchrechnung und in Schweizer Franken (bisher nach Binnentarif in Schilling) angewendet. Außerdem wurde erstmals seit Kriegsende wieder das Auslobungsverfahren³⁾ eingeführt, und zwar für Obsttransporte aus Gebieten nördlich von Trento nach der Schweiz. Man hofft, damit Frachten von der Strecke über Chiasso auf die Brennerstrecke ziehen zu können.

Neu eingeführt wurde ein Durchfuhr-Ausnahmetarif (DAT 112) für Koks von Belgien, Holland, Westdeutschland; der für Stamm- und Schnittholz nach Holland geltende Tarif DAT 108 wurde auf Westdeutschland erweitert (Relation: Rosenbach Grenze — Salzburg Grenze).

Im Binnenverkehr dient der neue Ausnahmetarif für Malz aus Stadlau dem Wettbewerb mit dem Straßenverkehr (Gültigkeit vom 1. November 1949 bis 31. Dezember 1950; Frachtsatz D₆, D₁₀, D minus 20%). Für die Zeit vom 1. Dezember 1949 bis 31. März 1950 wurde für Brennholz eine Frachtermäßigung um 20% der Sätze G₁₀, G eingeräumt.

Wie sich die internationalen Währungsabwertungen auswirken, läßt sich gegenwärtig noch nicht

Bahnnumrechnungskurse

	Bis 21. XI. 1949	Ab 25. XI. 1949	Erhöhung in %
	Mittelkurs je 100 Währungs- einheiten		
1 Dollar	9'90	25'85	161
Schweizer Franken	232'50	602'50	160
Belgische Franken	19'90	51'70	160
1 Pfund	26'73	68'25	156
Französische Franken	3'—	6'90	130
Holländische Gulden	261'22	527'20	101
Tschechenkronen	20'90	30'00	44

¹⁾ Es ist in diesem Zusammenhang erwähnenswert, daß Frankreich und Westdeutschland im November 1949 die ersten gesetzlichen Maßnahmen zur Regelung der Konkurrenzverhältnisse ergriffen haben, da die Bahnen durch den Straßenverkehr in eine bedrohliche finanzielle Lage und zu einer der Gesamtwirtschaft abträglichen Tarifpolitik gedrängt wurden.

²⁾ Siehe Nr. 9 der Monatsberichte, XXII. Jahrgang, September 1949, S. 362.

³⁾ Rückerstattung der Mehr-Frachtkosten, die auf der österreichischen Transitstrecke gegenüber einem anderen Leitungsweg entstehen.

abschätzen. Die Änderung des Schillingkurses hat zu den vorstehenden Bahnnumrechnungskursen geführt.

Die für den österreichischen Import hauptsächlich relevanten Vorrachten über Westdeutschland (Dollar), die Schweiz, Italien und Ungarn (in Schweizer Franken) haben demnach eine Erhöhung um rund 160% erfahren, eine Steigerung der Frachtkosten, die nicht ohne Einfluß auf die zukünftige Preisgestaltung bleiben wird. Aber auch der Export nach West- und Nordeuropa muß mit einer Frachterhöhung rechnen, da die Schweiz überhaupt nicht und Deutschland nur um 20,7% abgewertet haben gegenüber einem durchschnittlichen Abwertungssatz von 30,5% in den westeuropäischen (außer Belgien und Luxemburg) und skandinavischen Ländern.

Da gegenüber den osteuropäischen Währungen der Grundkurs (14,40) angewendet wird, steigen die Frachtsätze (in Schillingen) auf der tschechoslowakischen Strecke nur um 44%. Ebenso ist der Verkehr mit Triest dank besonderen Verrechnungsmodalitäten begünstigt (1 Dollar = 18,90 S). Inwieweit dadurch der Transit über Westdeutschland und die Schweiz beeinträchtigt wird, muß abgewartet werden. Allerdings dürfen die Auswirkungen nicht überschätzt werden, da Polen die Transitfrachten ebenfalls in Schweizer Franken erstellt (nur CSR in Kronen), ferner das Abkommen mit Italien Ende März 1950 abläuft und kaum mit einer Verlängerung zu rechnen ist.

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten S. 543—544

Die kommerzielle *Einfuhr*, die im September sprunghaft gestiegen war, erhöhte sich im Oktober um weitere 3 Mill. S und erreichte mit 412,3 Mill. S einen neuen Höchststand. Die direkten ERP-Einfuhren gingen dagegen um 8 Mill. S auf 112 Mill. S zurück, so daß die Gesamteinfuhr mit 524 Mill. S um fünf Millionen hinter dem Septemberergebnis zurückblieb.

Auf der *Ausfuhr*seite zeigt der Oktober deutlich die hemmende Wirkung, die von der Ungewißheit über die erwartete österreichische Währungsregelung ausging. Die übliche saisonmäßige Steigerung fiel aus, statt ihrer ist gegenüber September ein Rückgang um 1,7 Mill. S auf 252,5 Mill. S festzustellen. Bereinigt man diese Zahl vom saisonmäßigen Einfluß, so zeigt der Oktober eine Rückkehr zu dem Tiefstand, auf den die Ausfuhr im August gesunken war.

Da die gleichen Faktoren, die sich im Oktober nachteilig auswirkten, auch in den ersten drei Wochen des November wirksam blieben, ist zu

Ausfuhrentwicklung

1949	Mill. S	Saisonbereinigter Index Ø 1948 = 100		1949	Mill. S	Saisonbereinigter Index Ø 1948 = 100	
Mai	291'3	167'2		Aug.	220'8	144'7	
Juni	288'9	170'3		Sept.	254'2	156'5	
Juli	255'6	155'7		Okt.	252'5	144'6	

befürchten, daß die Währungsabwertungen und ihre negativen Auswirkungen in Österreich den größeren Teil der besten Ausfuhrmonate — Oktober bis Dezember — beherrschen und damit das Jahresresultat 1949 ungünstig beeinflussen werden.

Mit der Abwertung des Schillings am 22. November wurde nur das Hemmnis der allgemeinen Ungewißheit weggeräumt. Obwohl im einzelnen vorderhand noch unklar bleibt, wie sich die Preisverschiebungen und insbesondere die Kohlenverteuerung auf die Ausfuhr auswirken werden, war die unmittelbare Wirkung zweifelsohne eine Förderung des Abschlusses von Geschäften, die in den vorangegangenen Wochen in Schwebe gelassen worden waren. Der Devisenbestand der Nationalbank, der zwischen 15. September und 15. November ständig abgenommen hatte, nahm nach der Abwertung wieder zu und erreichte Mitte Dezember nahezu wieder den Höchststand vom 15. September.

Devisen- und Valutenbestand der Nationalbank

Mill. S		Mill. S	
1949 15. Sept. .	169'4	1949 30. Nov. .	148'0
15. Okt. .	148'3	7. Dez. .	156'3
15. Nov. .	135'4	15. Dez. .	167'3
23. Nov. .	136'7		

Trotz diesem erfreulichen Umschwung hat der Devisenmarkt noch nicht jene Stabilität gefunden, die durch die Abwertung herbeigeführt werden sollte. Der Devisenanfall bei der Nationalbank zum Grundkurs leidet darunter, daß verschiedene Bestrebungen, die auf eine individuelle Revision der Belassungsquoten, auf eine Verlängerung der Frist, innerhalb derer sie für Eigenbedarf verwendet werden können, und auf eine automatische Importdevisenzuteilung für Exporteure abzielen, wieder ein Element der Unruhe geschaffen und zur Zurückhaltung geführt haben. Dadurch wird aber die Schaffung eines genügenden Fonds von Devisen gefährdet, aus dem die dringendsten Importe von A- und B-Waren — zum Grundkurs und zum Effektivkurs — honoriert werden können, Importe, die zur Erhaltung des gegenwärtigen Preis- und Produktionsgefüges unerlässlich sind.

Nur eine feste Politik, die Vertrauen auf die Stabilität und Durchführung getroffener Maßnahmen entstehen läßt, wird den Außenhandel zu einer

raschen Anpassung an die neue Situation ermutigen. Wenn es gelingt, eine solche Atmosphäre zu schaffen, werden auch die Möglichkeiten, die sich aus dem Abschluß neuer und freierer Handelsverträge eröffnen, ausgeschöpft werden können. Hierher gehört vor allem das neue Handelsabkommen mit *Frankreich*, das mit Ausnahme von gewissen Stählen und Stahlblechen, Gußeisen, Rohaluminium, Dieseltraktoren, Stickstoff, Stickereien, Schnittholz und Holzhäusern die österreichische Einfuhr in das französische Mutterland (nicht aber in die Kolonien) von Kontingenten befreit, und das revidierte Abkommen mit *Belgien*, das ebenfalls die Aufhebung der Kontingentierung für österreichische Einfuhren mit Ausnahme von Produkten der Textilindustrie und von Papier und Papierwaren vorsieht. Wie in dem Abkommen mit *Westdeutschland* brauchte Österreich im Abkommen mit *Belgien* seinerseits nicht vom Kontingentsystem abgehen; Frankreich hingegen wurde das sofortige Inkrafttreten der unbedingten und bedingten Freiwarenlisten gewährt, die anlässlich der Liberalisierungsverhandlungen der OEEC ausgearbeitet wurden¹). Das erneuerte Abkommen mit *Schweden* schließlich, das am 1. Jänner 1950 in Kraft trat, sieht die gegenseitige Gewährung der Liberalisierungslisten nebst weiteren Kontingenten vor.

Der Abschluß neuer und die Erneuerung früherer Verträge steht zu Beginn des neuen Jahres bevor. Der Abschluß des zweiten überseeischen Handelsvertrages — der erste wurde mit *Indien* unterzeichnet — dürfte in Kürze mit *Argentinien* gelingen, dem bald andere südamerikanische Verträge folgen dürften. Die Verhandlungen mit *Israel* sind ziemlich weit fortgeschritten; Differenzen bestehen noch darüber, wie die Sperrguthaben flüssig zu machen sind. Die Bemühungen um einen Vertrag mit *Rumänien* dürften im neuen Jahre wieder aufgenommen werden. Erweiterungen der bestehenden Verträge mit *Bulgarien*, *Holland*, *Dänemark* und *Norwegen* sind in Aussicht. Auch der Vertrag mit *Italien* — mit dem sich der Warenverkehr nach dem starken Rückschlag im Juli und August wieder belebt hat — wird bald einer Revision bedürfen, da die Kontingente der gesuchtesten Waren auf beiden Seiten nahezu ausgeschöpft sind, während die Kontingente der übrigen Waren nur in sehr geringem Maße beansprucht werden.

Vorausgesetzt also, daß im Inneren eine tragbare und feste Wechselkurspolitik verfolgt wird und sich auf den Weltmärkten die Lage nicht verschlechtert,

¹) Siehe Nr. 11 der Monatsberichte, XXII. Jahrgang (November 1949), S. 467.

könnte eine rege Handelspolitik neue Möglichkeiten der Exportsteigerung eröffnen. Auf längere Sicht dürfte sich auch der Beschluß Österreichs günstig auswirken, im Herbst 1950 dem Genfer Zollabkommen, dem derzeit 33 Nationen angehören, beizutreten und dadurch gewisser Zollvorteile teilhaftig zu werden, die selbstverständlich äquivalente Zollkonzessionen unsererseits erfordern. Die Stellung Österreichs bei den diesbezüglichen Verhandlungen wird sehr stark dadurch bestimmt werden, wie weit es gelingt, bis dahin einen Zollltarif auszuarbeiten, der als realistische, nicht vorwiegend vom Gesichtspunkte der Verhandlungstaktik bestimmte Unterhandlungsgrundlage dienen kann.

Der *Quantumindex* des Außenhandels, der nun für das dritte Quartal 1949 vorliegt, spiegelt deutlich den Ausfuhrückgang wider, der nach dem Rekordstande vom Mai einsetzte. Während das kommerzielle Einfuhrvolumen im dritten Quartal um 6% stieg und damit bereits 80% des Vorkriegsvolumens erreichte, sank das Ausfuhrvolumen um 9% und erreichte mit einem Index von 66 (1937=100) sogar einen tieferen Stand als im ersten Quartal 1949. Der Rückgang war vor allem durch das Absinken der Eisen-, Holz- und Papierzeugexporte bedingt, so daß das Volumen der Rohstoffausfuhr um nahezu ein Drittel — von 86 auf 58 — zurückging, während das Volumen der Fertigenausfuhr auch im dritten Quartal einen mäßigen Anstieg — von 70 auf 73 — verzeichnen konnte. So verringerte sich zwar der Rohstoffanteil an der Ausfuhr, der im ersten Halbjahre den für österreichische Verhältnisse unverhältnismäßig hohen Stand von 42,6% (wertmäßig) erreicht hatte, auf den etwas mehr dem Vorkriegszustand entsprechenden Satz von 35,4%, aber nicht — wie man erhofft hatte — durch ein relativ stärkeres Steigen der Fertigenausfuhr, sondern hauptsächlich durch einen Rückgang der Rohstoffausfuhr.

Der *Index der Einfuhrpreise* setzte die fallende Tendenz, die zu Jahresbeginn einsetzte, im dritten Quartale fort und sank auf 384 (1937=100). Es fällt auf, daß auch der *Ausfuhrpreisindex* im dritten Quartale von 380 auf 365 gesunken ist. Das ist jedoch nicht auf einen wirklichen Rückgang der Exportpreise zurückzuführen, sondern auf die Konstruktion dieses Preisindex, die eigentlich nur einen Preisvergleich jedes Quartales mit 1937, nicht aber der

Der handelsstatistisch erfaßte Außenhandel Österreichs

Gruppe	Quartaldurchschnitt		1949		
	1947	1948	1. Quart.	2. Quart.	3. Quart.
	Quantumindex ¹⁾ 1937 = 100				
Ausfuhr					
Lebende Tiere u. Nahrungsmittel	13,8	16,7	14,2	13,5	8,9
Rohstoffe	21,4	50,8	84,4	86,3	58,3
Fertigwaren	29,6	54,2	63,6	70,0	73,0
Insgesamt	26,5	51,6	67,7	72,5	65,9
Einfuhr					
Lebende Tiere u. Nahrungsmittel	8,5	16,8	23,0	36,0	35,9
Rohstoffe	35,3	58,6	73,7	75,9	85,2
Fertigwaren	23,2	54,9	84,9	111,3	113,3
Insgesamt	24,3	45,9	62,9	75,2	79,5
Preisindex (1937 = 100)					
Ausfuhrpreise	254	314	362	380	365
Einfuhrpreise	335	391	404	392	384
Austauschverhältnis ²⁾	76	80	90	97	95

¹⁾ Siehe S. 543 und Beilage Nr. 6 (zu Nr. 2 der Monatsberichte, XXI. Jahrgang, Februar 1948), S. 4ff. — ²⁾ Ausfuhrpreise: Einfuhrpreise.

Quartale untereinander gestattet³⁾. Die Formel dieses Preisindex, der aus einer Division von Wertindex und Quantumindex besteht, lautet:

$$\frac{\sum P_1 Q_1}{\sum P_0 Q_1}$$

d. h. die heutigen Preise werden mit denen des Basisjahres (1937) verglichen, wobei als Gewichte die *heutigen* Ausfuhrmengen dienen, was zwangsläufig zu einer Veränderung der Gewichte von Quartal zu Quartal führt. Solange sich nun die Zusammensetzung der Ausfuhr²⁾ von Periode zu Periode nur wenig ändert, wird dieser Index auch die laufende Preisentwicklung ziemlich genau widerspiegeln³⁾. Gerade das aber war, wie erwähnt, im dritten Quartale keineswegs der Fall. Der Anteil der Rohstoff- und auch der Nahrungsmittelausfuhr ging in dieser Periode deutlich zurück, und da diese beiden Gruppen gegenüber der Vorkriegszeit im allgemeinen stärker im Preise gestiegen sind als die Fertigwaren, ist das Absinken des Ausfuhrpreisindex vorwiegend auf das schwächere Gewicht dieser Ausfuhrgruppen zurückzuführen. Auch innerhalb der Fertigwarengruppe, deren Ausfuhrpreisindex ebenfalls gefallen ist, dürften sich Verschiebungen zugunsten von Waren vollzogen haben, deren Preise im Vergleiche zur Vorkriegszeit relativ weniger gestiegen sind.

¹⁾ Siehe Beilage Nr. 6 (zu Nr. 2 der Monatsberichte, XXI. Jahrgang, Februar 1948), S. 15.

²⁾ Dasselbe gilt entsprechend für den Einfuhrindex.

³⁾ Vorausgesetzt, die Grundangaben sind richtig und die Warengruppen ziemlich homogen und von gleichbleibender Qualität — Voraussetzungen, die meist nur in sehr geringem Maße zutreffen.